

BRAVE FREIBEUTER Die Piratenpartei nimmt Kurs auf den Bundestag und schließt sogar eine Regierungsbeteiligung nicht mehr aus. Auf ihrem Parteitag küren die Mitglieder einen Beamten zum neuen Kapitän und geben sich auch sonst ungewohnt pragmatisch



Zum Abschied große Aufmerksamkeit: Die ehemalige politische Geschäftsführerin **Marina Weisband** spricht noch mal zu den Piraten, bevor sie ihr Amt abgibt

Piraten werden erwachsen

Von wegen Chaostruppe: Auf ihrem Parteitag reißen sich die Jungpolitiker zusammen. Sogar erste Lobbyisten schauen vorbei

Andreas Spengler, Neumünster

Lange sitzen sie brav auf den Stühlen, aber plötzlich bewegt sich der Schwarm: Die Piraten zeigen dem Mann auf der Bühne die Rote Karte, buhen und eilen durch die Stuhlreihen ins Freie. Dietmar Moews, ihr Opfer, bleibt oben stehen. Er möchte für den Bundesvorstand kandidieren. Doch keiner der Piraten will ihn hören: Moews hatte in seinem Videoblog das „Weltjudentum“ kritisiert, und von rechtsextremen Äußerungen haben die meisten Piraten die Schnauze voll.

Denn die Neupolitiker haben gelernt: Ihr Bundesparteitag ist eine öffentliche Bewährungsprobe. Nach all den Scharmützeln, Extremismusvorwürfen und Shitstorms der vergangenen Wochen soll hier ein Zeichen gesetzt werden gegen die Extremisten in den eigenen Reihen. Rund 1500 Mitglieder sind dafür in die Holstenhalle nach Neumünster gekommen.

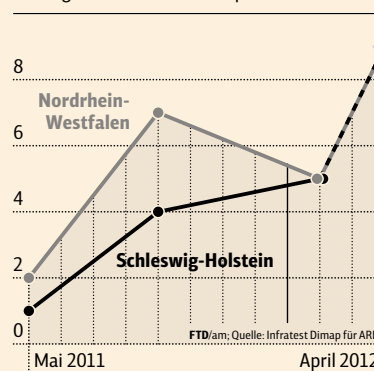
Und nicht nur gegen die Rechten stemmen sie sich. Auch vom Chaos und den bissigen Shitstorms der vergangenen Monate ist kaum mehr was zu spüren. Selbst das einst berühmte Kandidatengrillen verkommt zur lahmen Plauderstunde. Unbekanntere Kandidaten werden erst gar nicht befragt. Selbst die Saalfucht bei Moews wird von der Sitzungsleitung abgemahnt: „Jeder hat das Recht, den Saal zu verlassen, aber ich bitte euch, das ruhig zu tun und nicht zu schimpfen und nicht zu schreien.“

Die Partei hat begriffen, dass die massenhaften Internetangriffe und Nazivergleiche ihr bei vielen Wählern schaden könnten. Also wird Professionalität demonstriert: „Wir zeigen mit dem Parteitag, dass wir politik- und abstimmungsfähig sind trotz unserer Masse an Mitgliedern“, sagt Torge Schmidt, Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein. Er will es am 6. Mai in den Kieler Landtag schaffen.

Sie werden erwachsen, die Piraten. Gespräche über die „Zombie-Apokalypse“ – Außerirdische erobern die Welt –, Mitglieder in verwegener Seeräuberklucht oder kläffende Hunde bei der Diskussion um das Elterngeld gibt es zwar noch. Doch das sind Einzelfälle. Neben Computernerds sitzen mittlerweile ältere Damen, Familien mit Kindern und gepflegte Anzugträger.

Dem Wandel gibt vor allem Bernd Schlömer ein Gesicht. Mit großem Applaus treiben die Piraten den frisch gewählten Bundesvorsitzenden nach der Wahl noch mal aufs Podium. „Wir werden viel erreichen“, verspricht der 42-jährige Kriminologe, bedankt sich und verneigt sich auf der Bühne: Politisches Understatement statt euphorischer Jubelgesten. Später fordert er den Partefrieden: „Wir müssen mit Herz und Verstand diskutieren, um gute Positionen zu entwickeln. Aber wir müssen auch Einigkeit zeigen und dürfen uns nicht weiter zerstreuen.“ Und dann macht er klar, wohin die Entwicklung der Partei gehen soll: „Wenn uns der Einzug in den Bundestag 2013 gelingt, werden wir uns mit dem Thema Koalitionsfähigkeit ernsthaft beschäftigen.“

Auf Erfolgskurs
Umfragewerte für die Piratenpartei in %



Einigkeit, Geschlossenheit, Koalitionsfähigkeit – das sind die neuen Vokabeln im Piratenjargon. Nur manchmal erhält das neue Bild der Professionalität kleine Risse. Entspannt liegen Bianca Staubitz, 28 Jahre alt, und Wilhelm Frömgen, 30 Jahre, zwischen bunten Plastikbällen, dem „Bällebad“. „Wir sind der Meinung, Politik muss auch Spaß machen“, sagen sie. Staubitz ist das erste Mal auf einem Parteitag, sie findet, alles sei „total überwältigend, riesig, aber sehr flauschig“. Dann unterbricht eine Kinderstimme die angenehme Stimmung. Ein kleines Mädchen steht am Rand des Bällebades: „Ihr habt noch 20 Minuten“, ruft es. Und verweist auf das Schild an der Wand: Immer zur vollen Stunde müssen die erwachsenen Piraten den Kindern das Bad überlassen. Auch Spaß muss auf dem Parteitag geregelt sein.

Doch die zunehmende Professionalität lockt vermehrt ganz neue Interessenten an. So schauen auch zwei Lobbyisten der privaten Krankenversicherungen auf dem Parteitag vorbei. Sie wollen ausloten, welche Chancen sich in Zukunft für eine Beteiligung mit einem Messestand bieten könnten. Im Foyer der Veranstaltungshalle finden sie nur zwei Holzklappstühle mit einem Aufstellbanner einer Piraten-nahen NGO. Die Partei fordert größtmögliche Distanz zu Firmen und Lobbygruppen. Auch das könnte sich bald ändern. Wenn die Partei ganz erwachsen wird.

PIRATEN UNTER BESCHUSS

Nach ihrem schnellen Aufstieg kracht es in der Piratenpartei an vielen Stellen. Beim Parteitag am Wochenende müssen die selbst ernannten Politikfreibeuter eine Menge Probleme lösen – und eine neue Spitze wählen

Hehre Ideale, berstende Partei

Die Piratenpartei setzt voll auf Transparenz und Mitbestimmung. Doch beide Ziele drohen im rasanten Wachstum unterzugehen

Andreas Spengler,
Berlin

Christopher Lang hatte zwei Outfits im Kofferraum seines BMWs: eine Lederkluft und ein Sakko. Die Lederkluft für den Beruf, das Sakko fürs Ehrenamt. Beinahe täglich warf sich Lang das Sakko über. 60 Stunden in der Woche ackerte der gelernte Fachinformatiker als Bundespressesprecher der Piratenpartei. Bis seine Entscheidung fiel: „Der Job ist für einen Ehrenamtlichen nicht mehr zu machen.“

Seit April dieses Jahres hat Lang eine Nachfolgerin, Anita Möllering. Sie arbeitet für 800 Euro im Monat, aber bleibt damit ein Einzelfall.

Ehrenamtliche Arbeit ist noch immer das Herzstück der Piratenpartei – und könnte ihr bald zum Verhängnis werden. Die Partei scheint ihrem eigenen Boom nicht mehr gewachsen. Mit jeder neuen Mitgliederwelle drohen die Strukturen zu bersten und mit ihnen die hehren Partei-Ideale: Schwarmintelligenz, Basisdemokratie und ehrenamtliche Arbeit.

Rund 1000 neue Mitglieder treten zurzeit wöchentlich in die Partei ein. Doch knapp die Hälfte der 27 000 Pira-

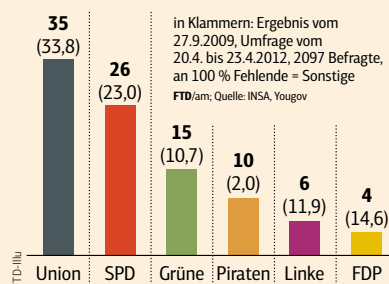
ten zahlt keinen Mitgliedsbeitrag.

Die Säumigen müssen lediglich auf ihr Stimmrecht verzichten, ein Parteiausschluss droht nicht. Die Zahlen werfen die Frage auf: Wie solide ist das Wachstum der Piratenpartei?

Den Freibeutern mangelt es vor allem an Personal. „Wir brauchen dringend mehr Mitglieder in der Partei, die aktiv mitarbeiten“, sagt Möllering. Es klingt wie ein Hilferuf. „Unsere Verwaltung und die Partei-IT laufen nur dank absolut heldenhaftem Einsatz weniger Freiwilliger“, so der Berliner Parteichef Hartmut Semken.

Piraten legen zu

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“, in %



Für bezahlte Verwaltungskräfte oder wissenschaftliche Mitarbeiter fehlt das Geld. Sollte die Partei weitere Landtage und den Bundestag erobern, plant sie in Verwaltung und Expertise von außen zu investieren. Es wäre ein Schritt in Richtung Professionalisierung, aber könnte das Ende des Schwarmprinzips bedeuten.

Als Sprachrohr des Schwarms gilt bisher die Abstimmungsplattform „Liquid Feedback“. Doch in Bayern, dem größten Landesverband, scheiterte die Einführung an mangelndem Elan der Mitglieder. Auch auf Bundesebene nutzen bisher nur relativ wenige Piraten die Plattform.

In den vergangenen Wochen quälten die Partei noch andere Sorgen: Nach der Holocaust-Relativierung des Mitglieds Bodo Thiesen entbrannte eine Diskussion, wie man mit Extremisten umgehen sollte. „Wir müssen den Spagat schaffen zwischen ‚kein Platz für Rassismus‘ und Meinungsfreiheit“, fordert Möllering.

Längst werden die zahlreichen verbalen Entgleisungen einzelner Piraten zur Belastung für die gesamte Partei. Auf Twitter spottete der Nutzer „bovbjerg“: „Pirat mit Knall, Pirat mit Knall, Pirat mit Knall. Und alle so: Einzelfall! Einzelfall! Einzelfall!“ Das erschreckende sei, wie „hemdsärmelig“ die Partei mit den Nazi-Vergleichen umgehe, kritisiert ein anderer Twitter-Nutzer.

Möllering entgegnet: „Wenn in der Partei etwas passiert, ruft sie sofort nach Transparenz. Das ist unsere Selbstkontrollinstanz.“

Doch das allein reicht offenbar nicht aus. Die Partei habe Probleme, Extremisten aufzuspüren, erklärt Martin Delius, Geschäftsführer der Berliner Piratenfraktion. Zurzeit diskutiert die Partei über eine Satzungsänderung, die einen schnelleren Ausschluss von Extremisten ermöglicht.

Delius sieht aber die Gefahr, dass sich die Partei verabschieden könnte von den offenen Strukturen und direkter Beteiligung, wenn sie ihre Mitglieder zu stark kontrolliert.

Es ist ein Grunddilemma der Partei: Immer öfter stößt sie mit ihren Idealen an die Grenzen des Machbaren. Unter Piraten kursieren bereits Schreckensszenarien: „Wenn wir mit der Programmatik und mit der Seriosität nicht hinterherkommen, kriegen wir keinen weiteren Landtag und fliegen überall raus“, warnt Semken.

Auf dem Bundesparteitag am Wochenende wird es vor allem um Köpfe gehen – für Programmatik bleibt wieder einmal keine Zeit.

G9-Schulen nur als Modell

Landesregierung lehnt flächendeckenden Ausbau ab – Lehrer empört

Grün-Schwarz hat sich gegen eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium entschieden. Eine Petition kämpft dennoch für die Wahlfreiheit.

ANDREAS SPENGLER

Stuttgart. Mammuts und Höhlenmenschen sind verschwunden – nicht nur von den steinzeitlichen Steppen, sondern vielerorts auch aus den Lehrplänen an Baden-Württembergs Gymnasien. „Da blutet mir als Geschichtslehrer das Herz“, sagt Cord Santelmann. Jahrtausende der Menschheitsgeschichte würden ausgespart. Für die Steinzeit fehlt im Unterricht die Zeit. Darin zeige sich wieder einmal die Absurdität einer verfehlten Schulpolitik.

Lehrer Santelmann möchte nicht nur Mammuts und Höhlenmenschen zurück in die Lehrpläne bringen, sondern vor allem eine Umkehr bei der grün-schwarzen Landesregierung bewirken: Weg vom achtjährigen Abitur mit den lückenhaften Lehrplänen hin zum ursprünglichen Abschluss an Gymnasien in neun Jahren. Als Bezirksvorsitzender des Philologenverbandes (PhV) hat er eine Petition gestartet mit dem Titel „Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 zulassen!“

Die Forderungen des Verbandes, in dem vorwiegend Gymnasiallehrer organisiert sind, richten sich vor allem an die neue Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU). Ihre Partei hatte sich im Wahlkampf für den G9-Ausbau starkgemacht. Doch im Koalitionsvertrag ist nun davon wenig zu lesen. Maßgeblicher Grund dürfte die Haltung der Grünen sein. Bereits in der grün-roten Landesregierung hatten sich die Grünen gegen weitere G9-Schulen ausgesprochen. Im Koalitionsvertrag wurde als Kompromiss festgehalten: „Wir wollen das G8 weiterentwickeln. An den 44 G9-Modellschulen wollen wir den Schulversuch unverändert weiterführen.“

Die Modellschulen, von denen 2012 jeweils eine in jedem Stadt- und Landkreis eingerichtet wurde, sollten ein „Abitur der zwei Geschwindigkeiten“ ermöglichen. In der Realität setzte sich vielerorts das bei Eltern beliebte G9 durch. Repräsentatives Beispiel: Das Albert-Schweitzer-Gymnasium in Laichingen. Bereits im ersten Jahr der Einführung kam keine G8-Klasse mehr zustande – wegen mangelnder Nachfrage. Simon Wiedemer, Vorsitzender des Elternbeirats, erzählt: „Wir waren alle verblüfft, dass die Entscheidung für G9 so eindeutig ausfiel.“

An der Schule wurde das Modell in kurzer Zeit zum populären Regel-



Büffeln im Eiltempo? Schüler in G9-Klassen können den Unterrichtsstoff etwas gemächlicher angehen.

Foto: dpa

fall. „Die Sicht der Eltern ist insgesamt sehr positiv“, sagt Wiedemer. Im Gegensatz zum G9 früher sieht das heutige Modell den identischen Lehrplan und dasselbe Abitur wie für G8-Züge vor. Dafür bleibt den Schülern des neunjährigen Gymnasiums mehr Zeit. Auch Geschichtslehrer Santelmann vom Philologenverband ist überzeugt von den Vorteilen des G9: „Ein Großteil der Schülerschaft würde von einem Jahr mehr Zeit für vertieftes schulisches Lernen und ihre Persönlichkeitsentwicklung, von mehr Freizeit am Nachmittag für

Schavans Reform

Turbo-Abi Das achtjährige Gymnasium (G8) wurde in Baden-Württemberg im Schuljahr 2004/2005 von der damaligen Kultusministerin Annette Schavan (CDU) eingeführt. Seitdem gibt es Kritik. Von 2012 an wurden im Land Modellschulen mit G9-Zügen eingerichtet. Heute gibt es insgesamt solcher 44 Schulen im Land.

Flickentepich Deutschland gleicht einem gymnasialen. Während Länder wie Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen flächendeckend G9 anbieten, setzen andere auf die Wahlfreiheit. Dazu zählen unter anderem Bayern und Hessen. asp

sportliches, musikalisches oder ehrenamtliches Engagement enorm profitieren“, schreibt er in seiner Petition.

Rund 8000 Unterschriften hat er bislang gesammelt. In den kommenden Tagen sollen es deutlich mehr werden. Santelmann und seine Verbandskollegen wollen in Fußgängerzonen werben und weitere Unterstützer gewinnen. Sie wollen nicht aufgeben, auch wenn Kultusministerin Eisenmann den Forderungen der Philologen bereits eine Absage erteilt hat. Auf Anfrage teilt das Ministerium mit: „Die Entscheidung ist gefallen. G8 wurde vor über zehn Jahren eingeführt, ist etabliert, und sehr viele Eltern sind damit zufrieden. Darüber hinaus gibt es neben den 44 G9-Standorten weitere Möglichkeiten für einen neunjährigen Weg zur Hochschulreife, insbesondere über die beruflichen Gymnasien.“

Widerspruch gegen die Forderungen des Philologenverbandes kommt auch von der SPD-nahen Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW): „Ein vermeintlich leichteres Erreichen des Abiturs würde die Leistungsbandbreite am Gymnasium verstärken“, schreibt die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz in einer Mitteilung. Dadurch würden andere Schulformen, wie Realschulen, Gemeinschaftsschulen

und berufliche Gymnasien geschwächt. Ihr Fazit: „G8 und G9 gleichzeitig anzubieten, wäre eine bildungspolitische Sackgasse mit unüberschaubaren finanziellen Mehrbelastungen.“

Zusätzlich zu den doppelten Strukturen würde jedes weitere Schuljahr Mehrkosten verursachen. Genaue Zahlen kann das Kultusministerium nicht nennen, Erhebungen des Bildungsfinanzberichts belegen jedoch, dass heute je Schüler und Jahr rund 6000 Euro anfallen.

Bildungsexperten sind sich indes weiter uneins, ob sich das zusätzliche Jahr für die Entwicklung der Kinder lohnen würde. Tatsächlich gibt es inzwischen eine Vielzahl an wissenschaftlichen Untersuchungen über die Auswirkungen von G8 – gemeinsam ist ihnen vor allem, dass sie sich gegenseitig widersprechen.

Die Widersprüche setzen sich auch in der öffentlichen Debatte fort. Neben G8 dauert auch die Diskussion über die Rolle der Gemeinschaftsschulen an. Auch hierzu gibt es eine Online-Petition mit bereits 16 000 Unterschriften, die sich für die Stärkung der Schulart einsetzen. Koalitionsvertrag hin- oder her, die Debatte um die Zukunft der Bildungsangebote hat wohl gerade erst begonnen – wieder einmal.

Ende der Nestwärme

Noch können die Piraten in der Parteizentrale ihren Politikstil leben. Aber bald müssen sie umziehen. Ein Ortsbesuch

Andreas Spengler, Berlin

Knapp unter der Decke surrt das Gehirn der Piraten. Unermüdlich. Es steht auf einer Holzspanplatte, über eine schmale Lüftung zieht die Wärme ab. Manchmal vermischt sich die Luft mit Toilettengeruch, denn direkt darunter verrichten Piraten ihr Geschäft. Die Politiker zeigen trotzdem gern ihre Server, das Gehirn, in der Bundesgeschäftsstelle. Ganz pragmatisch hat man entschieden, sie in den Toilettenraum zu stellen: Das Surren stört hier kaum, und die Lüftung wird in doppelter Weise genutzt.

Pragmatisch, so gibt sich die Partei gern in der Öffentlichkeit. Ihre Zentrale in der Berliner Pflugstraße wirkt wie das holzgewordene Postulat ihres Politikstils: transparent, schnörkellos, bürgernah, aber auch provisorisch und mit Hang zum Chaos. Klappstühle, Ikea-Tische und Club-Mate-Kisten versprühen den Charme einer eilig möblierten Studenten-WG. Bundes- und Landesverband teilen sich hier knapp 100 Quadratmeter, bei einer Monatsmiete von 800 Euro. Zwei Besprechungszimmer haben sie, in denen meist Arbeitsgruppen tagen, Pressekonferenzen stattfinden – oder Fahrräder abgestellt werden. Dazu gehört eine Küche, in der fast jeden Tag ein Pirat an der Kochplatte steht, und ein enger Büroraum für die Verwaltung.

So könnte es bleiben – wäre da nicht der Erfolg der Partei. Zwölf Prozent prognostizierte die jüngste Forsa-Umfrage, nur noch ein Prozentpunkt trennt die Piraten jetzt von den Grünen. Seitdem wirkt der Spartanismus im Bundesbüro wie politisches Understatement.

„Wir arbeiten sehr dezentral. Die Größe der Geschäftszentrale ist eigentlich nicht so wichtig“, verteidigt Moritz Niemeyer die Zentrale. Der 25-Jährige im grauen Kapuzenpulli ist stellvertretender Leiter des Büros. „Dezentral“ bedeutet für die Piraten online, also im Wiki, via Twitter, Pad oder über das Kommunikationsprogramm Mumble.

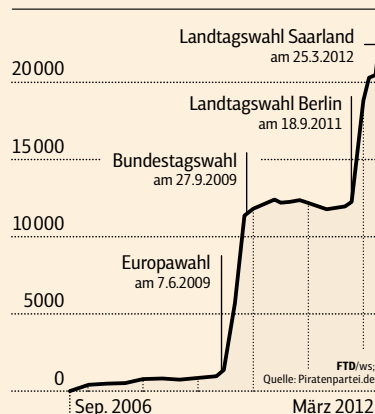
Derzeit rufen aber viele auch auf dem Festnetz an. Wie die Frau, die die vier Piraten am späten Nachmittag bei Nudeln und Sauce Bolognese un-



Die Partei der Idealisten: **Joachim Schmidt** bezeichnet sich selbst als „Basispiraten“, mehrmals in der Woche arbeitet er ehrenamtlich in der Bundesgeschäftsstelle mit

Rasanter Anstieg

Mitglieder der Piratenpartei seit Gründung



terbricht. Sie beschwert sich – über „das sexistische Fernsehen“, „verwahrlaste Kinder“ und die „zionistische Gesellschaft“. „Wir sind hier keine 20 Leute, die nur darauf warten, dass Sie anrufen“, sagt Niemeyer. Sein Parteikollege raunt ihm zu: „Leg auf! Die ist verrückt.“ Doch der Pirat lässt sich breitschlagen: „Ich suche Ihnen einen Parteistammtisch in Ihrer Nähe raus. Sie sind willkommen bei den Piraten.“ Seine Kollegen widersprechen ihm: „Solche Leute sollten wir nicht zu unseren Stammtischen einladen.“

Der Ansturm der Bürger sei überwältigend, auch wenn darunter manche Spinner seien, sagt Niemeyer.

Viele kommen direkt in der Parteizentrale vorbei, Mitglieder wie Interessenten. „Neben zwei Festangestellten sitzen hier an manchen Tagen schnell 20 Piraten.“ Dann wird es eng in der Zentrale – und manchen zu eng. Noch hält das Gerüst aus ehrenamtlichen Mitarbeitern, und noch geben sich die meisten Piraten mit ihrem beschaulichen Piratennest zufrieden. Doch es regt sich auch Widerstand.

Wie beim Berliner Piraten-Chef Hartmut Semken. Er hat selbst am Mobiliar der bisherigen Zentrale geschraubt, hat Regale gebaut und Kabel verlegt. „Da steckt viel Liebe drin“, sagt er. Doch jetzt sei es mit dem An-

sturm Zeit für Veränderungen: „Unsere Strukturen ächzen, wir brauchen einfach mehr Platz.“

Wohin es geht, politisch, aber vielleicht auch räumlich, könnte Ende April festgelegt werden. Dann stimmen die Piraten über einen neuen Bundesvorstand ab. Es könnte auch das Ende für die bisherige Parteizentrale sein, wenn es nach dem Berliner Piraten-Chef geht. Er hat schon länger einen Traum: eine alte Fabrikhalle am Spreerfer. Größer soll sie werden, die neue Zentrale, ihren Charme aber behalten. „Wir möchten selbst renovieren, handgemacht“, sagt Semken.

Vielleicht hat er Angst, die Partei könnte ihr Image doch noch verlieren.